Anschläge auf Migranten Seit 2006 brannte es elf Mal in Häusern von Migranten in Völklingen. Die Polizei sieht – anders als die Opfer – keine Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Derweil wurde ein weiterer mutmaßlicher Helfer des Zwickauer Neonazi-Trios festgenommen.

"Irgendjemand hat versucht, uns zu töten"

Völklinger Brandserie schockt ausländische Bürger - Kritik an Polizei

Von SZ-Redakteur Johannes Kloth

mmer wenn nachts ein Martinshorn ertönt, fliehen Recep Unsal und seine Familie vor ihr Haus in Völklingen. Sie haben Angst, dass es wieder brennt. Wie damals am frühen Morgen des 5. August 2007, als Ünsal, seine schwangere Frau und die Kinder über eine Drehleiter gerettet wurden – "in letzter Minute", wie ein Feuerwehrmann sagte. Das Haus brannte ab, die türkische Familie verlor ihr Hab und Gut. Die Täter, die nie gefasst wurden, hatten laut Polizei einen Kinderwagen im Flur angezündet. Nur drei Jahre später, im September 2010, brach abermals Feuer aus. Ünsal rannte durch den vergualmten Flur, um seine Kinder aus dem ersten Stock zu retten und die anderen Mieter zu alarmieren.

In beiden Fällen war es Brandstiftung, das hat die Polizei zweifelsfrei festgestellt. "Irgendjemand hat zweimal versucht, uns zu töten", sagt der 38-jährige Ünsal mit zitternder Stimme. "Aber warum nur?" Ein "ganz normales glückliches" Leben habe er mit seiner Familie bis zu jener Nacht im August geführt, sich immer wohl gefühlt in Völklingen, wo er geboren wurde. Heute hat er Angst vor seinen Mitmenschen.

Die Ünsals sind nicht die einzigen Völklinger mit Migrationshintergrund, die Opfer von Brandstiftungen wurden. Mindestens elf Mal hat es seit Sep-

Die Völklinger Brandstiftungen im Überblick

tember 2006 in Häusern gebrannt, in denen Italiener, Schwarzafrikaner, Algerier, vor allem aber Türken leben. Dabei gab es mindestens 20 Verletzte, darunter Kinder. Die Brände wurden oft ähnlich entfacht, indem leicht entzündbares Material im Eingangsbereich abgefackelt wurde. An einem Abend brannte es parallel in zwei Häusern, im spektakulärsten Fall, am 5. August 2007, gleichzeitig in drei Häusern. Alle Brände fanden in Völklingen statt, wo die NPD

im Stadtrat sitzt und rechtsradikale Kameradschaften aktiv sein sollen.

Für die Polizei gibt es jedoch "keine Hinweise", dass es sich um Brandstiftungen fremdenfeindlichem Hintergrund gehandelt haben könnte. Es sei in Richtungen alle ermittelt worden, selbstverständlich sei man "neutral an die Sache ran-

gegangen", sagte Polizeisprecher Georg Himbert der SZ. Waren die Brände also eher Milieuverbrechen oder lebensgefährliche Jungenstreiche? Möglich. Fakt ist: In allen Fällen (bis auf den jüngsten, der noch untersucht wird) wurden die Ermittlungen eingestellt. Bemerkenswert auch: 2007 gab es in Völklingen insgesamt zehn Brandstiftungen – alle, bis auf die

vom 5. August, sind aufgeklärt.

Engagierte Bürger und Experten aus Migrationseinrichtungen in Völklingen, die mehrfach bedroht wurden und daher nicht namentlich genannt werden wollen, üben Kritik an der Polizei. Sie sprechen von halbherzigen Ermittlungen, einige sogar von Vertuschung. So sollen in einigen Fällen Zeugen nur nach Drängen, zum Teil überhaupt nicht angehört worden sein. Auch Ünsals Rechtsanwalt, Thomas Lomberg, ist unzufrieden mit den Ermitt-

"Dass man

so schnell

fremdenfeindliche

Hintergründe

beiseite schiebt,

ist sehr

verwunderlich."

Rechtsanwalt

Thomas Lomberg

"Dass lungen. man bei Brandstiftungen in drei Migranten bewohnten Häusern so schnell fremdenfeindliche Hintergründe beiseite schiebt, ist schon sehr verwunderlich", so Lomberg. Er könne zudem in den Ermittlungsakten keine Hinweise darauf erkennen, dass man trotz Gründung einer

Sonderkommission ernsthaft in diese Richtung ermittelt habe. Stattdessen stand sehr rasch Ünsal selbst im Visier der Ermittler. Ein Informant, der laut Akten als "sehr vertrauenswürdig" eingestuft wurde, soll berichtet haben, Ünsal selbst habe die Brände für 5000 Euro in Auftrag gegeben. Monatelang hörte die Polizei daraufhin Unsals Telefon ab und ließ Kontobewegungen überwachen - ohne jedes Ergebnis.

Ünsal selbst sagt, das Misstrauen der Beamten habe er von Anfang an verspürt. Auf die Bitte etwa, Wertsachen aus der Ruine seines Hauses holen zu dürfen, sei ihm vom ersten Beamten vor Ort geantwortet worden: "Das ist doch eh Schwarzgeld, oder?".

Den Mut, so offen zu sprechen, hat außer Recep Ünsal keiner der Betroffenen. Zu groß ist die mal Übergriffe und Drohungen gegen Migranten in Völklingen keine Seltenheit seien, sagen Betroffene. Nazi-Parolen und Hakenkreuze an Hauswänden und öffentlichen Gebäuden ebenso zum Stadtbild gehörten wie ein von Kameradschaftsmitgliedern betriebenes Tattoo-Studio. Nachdem das heikle Thema 2008 in einem Fernsehbeitrag zur Sprache kam, erhielten türkische Bewohner und gegen Rechtsextremis5. August 2007: Das Haus der Familie Ünsal in Völklingen steht in Flammen. Parallel brennen zwei weitere

Häuser in der Stadt, die von Migranten bewohnt werden. Täter wurden nie gefasst.

mus engagierte Bürger anonyme Drohbriefe: "Früher oder später bekommen wir Euch alle."

Trotz Hinweisen aus der Bevölkerung braucht die Stadtverwaltung bisweilen Monate, um Nazi-Symbole aus dem Stadtbild zu entfernen. Bei einem übergroßen Hakenkreuz, das Monate an einer Grundschule prangte, bedurfte es gar einer massiven Intervention eines erbosten Bürgers. Auffällig permarkt im Jahr 2008 tat der damalige Polizeichef Völklingens, Axel Busch, als "provozierende Graffiti" ab. Busch ist übrigens auf Familienfotos zu sehen, die seine Tochter in einem sozialen Netzwerk präsentiert. Direkt daneben posiert seine zweite Tochter neben einem Mann mit Glatze, im T-Shirt der verbotenen Neonazi-Band "Landser".

Im Völklinger Rathaus hat man bis heute keine Belohnung für die Ergreifung der Täter der Hausbrände ausgesetzt. Nicht einmal der Sicherheitsbeirat wollte sich bislang mit dem Thema befassen.

SZ-Informationen zufolge soll der Moschee-Verein der Türkisch-Islamischen Gemeinde in Völklingen kürzlich wieder einen anonymen Drohbrief erhalten haben. Die Polizei habe gebeten, ihn nicht öffentlich zu machen.

Recep Ünsal, dessen Vater als astarbeiter noch am Völklinger Bahnhof von einer Blaskapelle empfangen wurde, weiß nicht, wie es weitergehen soll. Kürzlich gab es wieder einen Vorfall: Jemand fummelte von außen an seiner Haustür herum. Ünsal öffnete und sah sich zwei Männern gegenüber, einer von ihnen "ein Glatzkopf", wie er sagt. Die Täter flohen. Eine Fahndung habe die Polizei nicht veranlassen wollen. Das könne man nur, wenn was passiert sei, habe man ihm gesagt.

HINTERGRUND

Völklingen gehört zum Regionalverband Saarbrücken und zählt rund 40 000 Einwohner. Die Industrialisierung begann schon 1572, als in Geislautern die erste Eisenschmelze der Region entstand. 1873 begründeten die Ge-Übernahme der Hütte eine Ära des Aufschwungs. Die 1986 geschlossene "Alte Völklinger Hütte" gilt heute als größter Schatz der Stadt und ist Weltkulturerbe der Unesco. Völklingen leidet seit der Montankrise unter relativ hoher Arbeitslosigkeit. Die Stadt hat mit fast 20 Prozent einen hohen Anteil ausländischer Mitbürger.

1 Poststraße/Hofstattstraße, 3. 9. 2006 Alter Markt, 5. 8. 2007, 3. 9. 2010 3 Ludweilerstraße, 5. 8. 2007 4 Bismarckstraße, 5. 8. 2007 **5** Poststraße, 9. 3. 2009 Bismarckstraße, 6. 9. 2009

Marktstraße, 6. 9. 2009 8 Bismarckstraße, 20. 4. 2010

Terror-Ermittler nehmen erstmals früheren NPD-Funktionär ins Visier

Polizei fasst mit Ralf Wohlleben eine zentrale Figur der Thüringer Neonazi-Szene - Bundesinnenminister Friedrich plant umfassende Neonazi-Datei

Die Ermittlungen im Fall der Zwickauer Neonazi-Zelle rücken näher an die NPD heran. Die Polizei nahm gestern den früheren Funktionär Ralf Wohlleben fest. Innenminister Friedrich will im Kampf gegen den Rechtsterrorismus eine Neonazi-Datei anlegen.

Von dpa-Mitarbeiter Christian Schneider

SZ-INFOGRAFIK/BHB/QUELLE: SZ

Erfurt/Jena. Ende vergangener Woche hatte sich Ralf Wohlleben noch sicher gezeigt: Für seine Verhaftung würden die Beweise des Bundeskriminalamtes nicht reichen, sagte er vor Journalisten. Die Ermittler hatten an diesem Tag seine Wohnung in Jena durchsucht. Nicht einmal eine Woche später hat sich das Blatt für den 36-Jährigen gewendet.

> PRODUKTION DIESER SEITE: ULRIKE OTTO IRIS NEU, DANIEL KIRCH

Beobachter und Verfassungsschutz sehen in Wohlleben eine der zentralen Figuren in Thüringens Neonazi-Szene. Der Informatiker gilt als Bindeglied zwischen NPD und "freien", gewaltbereiteren Neonazis, die sich oft "Kameradschaften" zusammenschließen. In den 90er Jahren gehörte er mit den später untergetauchten drei mutmaßli-Bombenbastlern Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe einer sechsköpfigen "Kameradschaft Jena" an.

9 Alte Schulstraße, 27, 3, 2011 10 Alter Markt, 3. 9. 2011

Ein Jahr nach dem Verschwinden des Trios trat Wohlleben 1999 in die NPD ein und machte dort nach Beobachtung der Verfassungsschützer rasch Karriere: Er wurde Mitglied im Landesvorstand als Beisitzer und "Schulungsleiter". In seiner Vorstandszeit bis 2008 sei er von Juli 2006 bis Mai 2008 stellvertretender Landesvorsitzender gewesen. "Er war ein wesentlicher Architekt für das Erscheinungsbild der rechtsextremistischen Szene in Thüringen", charakterisiert Stefan Heerdegen vom Beratungsverein mobit die Rolle Wohllebens in dieser Zeit. In den Verfassungsschutzberichten füllt er Seiten: Reden bei Kundgebungen in großen und kleinen Städten über "osteuropäische Schwarzarbeiter" oder "Demonstrationen bis zur Rückgabe aller deutschen Ostgebiete".

Organisator der Neonazi-Szene

Er agitierte vor einem Asylbewerberheim, störte eine Ausstellung des Verfassungsschutzes, versuchte per Saalbesetzung mit 30 Unterstützern einen Vortag über Rechtsextremismus zu verhindern und organisierte landesweite Treffs. Wohlleben sei ein "überzeugter Neonazi", der eher als Beobachter und Organisator aufgetreten sei und nicht als Schläger – "der Mann, der bei NPD-Kundgebungen gezielt Gegendemonstranten fotografierte", erinnert sich Heerdegen. Überregional bekannt wurde vor allem das "Braune Haus" in Jena, wo Wohlleben in einem ehemaligen Gasthof ein Wohnprojekt und zahlreiche Treffs, Schulungen und Liederabende organisierte. Gleichzeitig bot er günstigen Serverplatz für die Szene an, auf dem bis zu einem Drittel aller rechtsextremistischen Websites aus Thüringen lagerten. Für diese Zeit beschrieben ihn Verfassungsschützer als besonders deutliches Beispiel, wie eng NPD und Neonazi-Szene vernetzt seien. 2009 trat er - nach NPD-Anwegen "persönlicher Gründe", aber ohne Konflikte – aus der Partei aus. Wegen der Neonazi-Morde und den Ermittlungspannen plant Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) eine umfassende Datei zu gewaltbereiten Rechtsextremisten. Diese gehört zu dem Zehn-Punkte-Plan, den das Bundesinnenministerium nach Bekanntwerden der Neonazi-Mordserie vorgelegt hatte. Im Gespräch ist unter anderem, Bankverbindungen, Telefonverbindungen und Kontaktleute von gewaltbereiten

Rechtsextremisten zentral zu speichern, damit jede Stelle darauf Zugriff hat und die Ermittler ein Gesamtbild haben. Die Datei soll nach dem Vorbild der Anti-Terror-Datei zu gewaltbereiten Islamisten beim Bundeskriminalamt eingerichtet werden.

MEINUNG

Politisch kluges Drängen

Von SZ-Redakteur Ulrich Brenner

as forsche Drängen des Bundesinnenministers auf eine Verbunddatei für gewaltbereite Rechtsextreme mag mancher Aktionismus nennen. Das liberal geführte Justizministerium würde lieber erst die jüngsten Ermittlungs-Fehler analysieren. Die Schwachstellen beim Informations-Austausch

zwischen Ländern und Behörden sind aber längst evident. Und politisch handelt Friedrich klug, wenn er jetzt Veränderungen anstößt, ehe sich die Medien gelangweilt vom Extremismus-Thema abwenden und der Druck nachlässt. Dass Friedrichs Datei allein Straftaten nicht verhindern kann, ist klar. Zentral ist ein geschärftes Bewusstsein für die rechte Gefahr. Aber ohne Informationen nutzt dieses wenig.

ed

n-st et. on u-3. ie in e-en nd n-st en e-en

Έ:

ΕL

1 N

Toscani will Völklinger Brandserie neu prüfen

Opposition: Vorwürfen der Opfer muss nachgegangen werden

Eine ungeklärte Brandstiftungsserie in Völklinger Häusern, die überwiegend von Migranten bewohnt werden, soll neu aufgerollt werden. Die Prüfung übernimmt das Saar-Innenministerium selbst.

Von SZ-Redakteur Johannes Kloth

Saarbrücken. Der saarländische Innenminister Stephan Toscani (CDU) will Hinweise zu der Serie an Brandstiftungen in Völklinger Häusern, die überwiegend von Migranten bewohnt werden, erneut prüfen lassen. Dabei solle die Sicht der Opfer in die Betrachtung einbezogen werden, teilte Toscani mit. Die Prüfung werde die Fachaufsicht über die saarländische Polizei, die Abteilung D "Polizeiangelegenheiten und Bevölkerungsschutz" übernehmen.

Die Saarbrücker Zeitung hatte gestern über eine Serie von mindestens elf Brandstiftungen in Völklinger Wohnhäusern in der Zeit zwischen September 2006 und September 2011 berichtet. In den Häusern lebten zu den Zeitpunkten der Brände überwiegend Migranten, in erster Linie Türken. Betroffene gehen von fremdenfeindlichen Hintergründen aus. Die Polizei hatte bei ihren Ermittlungen dafür allerdings keinerlei Anhaltspunkte gefunden. Bei den Bränden war unter anderem im Jahr 2007 das Haus einer türkischen Familie zerstört worden. Drei Jahre später brannte es im Haus erneut. Täter und Motiv sind bis heute nicht bekannt.

Seitens der Opposition wurden gestern Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Ermittlungen laut. "Der Verdacht, der im Raum steht, dass hier lasch bis gar nicht ermittelt wurde, muss ausgeräumt werden. So etwas darf es in unserem Land nicht geben", sagte der Extremismus-Experte der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag, Magnus

Jung. Der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Stefan Pauluhn, sagte, es müsse erneut geprüft werden, ob Hinweise auf die ausländerfeindliche Täterschaft und Kreise rechtsextremer Gruppierungen bis hin zur NPD, die im Völklinger Stadtrat

sitzt, im Tatzusammenhang stehen.

Stephan

Auch der stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Rolf Linsler, forderte eine Wiederaufnahme der Untersuchungen im Falle der Völklinger Brandstiftungen, insbesondere vor dem Hintergrund "der neuen Erkenntnisse über Gewaltexzesse aus dem rechtsextremen Milieu". "Sämtliche Vorwürfe seitens der Opfer müssten restlos aufgeklärt werden", so Linsler. Dem Völklinger Oberbürgermeister Klaus Lorig (CDU) empfehle man Projekte zur Prävention im Kampf gegen Rechtsextremismus. Dafür habe das Land gerade 100 000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Der saarländische Verfassungsschutz wollte sich gestern nicht öffentlich über Erkenntnisse in den konkreten Fällen äußern. Allerdings benannte der Chef der Behörde, Helmut Albert, eine generelle Schwierigkeit bei der Überwachung gewaltbereiter Rechtsextremisten. 60 Prozent der

Gewalttäter, so Albert, würden dem Verfassungsschutz erst durch ihre Tat bekannt. Diese Personen seien zuvor nie auffällig geworden, nie in der Szene oder in einer Partei aktiv gewesen und trotzdem offenbar bereit, eine Straf- oder Gewalttat zu begehen.

Franz Josef Koenen, Leiter der Arbeitsstelle Migration und Fremdenfeindlichkeit des Völklinger Vereins Multikultur, äußerte sich gestern erfreut über die Ankündigung des Innenministeriums, die Brände erneut prüfen zu wollen. Es sei wichtig, wieder ein Vertrauensverhältnis schen Migranten und Behörden herzustellen. Dieses sei durch Erfahrungen in der Vergangenheit teilweise sehr gestört, so Koenen. Er hoffe, dass nun ein gesellschaftlicher Diskurs in Gang gesetzt werde.

Saart 50 Ja rem her n Sie ir öfter Grun Ihr V einen bruck erfah an Os ken? Aben tor ar Then von 1 Telef Un

Un Medi Verlu -strul merk für K



Than ein F gefeid neral tern g Minis daher sens

Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit Bränden in Völklingen

Saarbrücken. Nach der Ankündigung von Saar-Innenminister Stephan Toscani (CDU), die Völklinger Brandstiftungsserie erneut untersuchen zu lassen, beschäftigt sich nun auch die Staatsanwaltschaft Saarbrücken erneut mit den Fällen. Derzeit prüfe man die Vorgänge auf mögliche weitere Ermittlungsansätze, teilte der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Thomas Reinhardt, gestern der SZ mit. Zwischen September 2006 und September 2011 hatten Unbekannte in mindestens zehn Häusern, die überwiegend von Migranten bewohnt wurden, Brände gelegt. Dabei wurden zahlreiche Menschen verletzt. In keinem Fall konnten Täter ermittelt werden. Geschädigte wie der von zwei Brandstiftungen betroffene Völklinger Recep Ünsal hatten sich zuletzt über mangelhafte polizeiliche Ermittlungsarbeit beklagt. Derweil hat der Sicherheitsbeirat der Stadt Völklingen gestern die an ihm geäußerte Kritik zurückgewiesen, untätig gewesen zu sein. Die Ängste der türkischen Mitbürger seien mehrmals Thema im Sicherheitsbeirat gewesen, heißt es in einer Mitteilung des Beirates. Zudem hätten Vertreter des Beirates anlässlich der Brände im Jahr 2007 an einem Gespräch mit allen Völklinger Moscheegemeinden und anderen, meist türkischen, Vereinen teilgenommen. Dabei sei es gelungen, gegenseitiges Vertrauen wieder herzustellen. Dem widersprach gestern das Opfer Recep Ünsal gegenüber der SZ. Er habe zu keinem Zeitpunkt Unterstützung durch den Sicherheitsbeirat erhalten.

A

Bei de der In Behör wehrt gegen prüfui stropl gensti

Von Sī Helmu

Thion unger wie de Majer ne, wi se zu der K tenon Tour, konfe ternal hörde dem I Atom Exper

Anzeige

Terror-Spur des Nazi-Trios führt ins Saarland

Ermittler prüfen Verbindung zu Bränden in Völklingen und Anschlag in Saarbrücken

Spuren der Terrorgruppe von Zwickau führen nun auch ins Saarland. Möglicherweise bestehen Verbindungen zu den Brandstiftungen von Völklingen und dem Bombenanschlag auf die Saarbrücker Wehrmachtsausstellung 1999.

Frankfurt/Saarbrücken. Die Berichterstattung der Saarbrücker Zeitung über eine Serie ungeklärter Brandanschläge auf Häuser von Migranten in Völklingen (SZ vom 30. November 2011) zieht dramatische Kreise. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) stellte am Freitag eine Verbindung der Zwickauer Terrorzelle zu den Brandstiftungen her.

Zugleich bestätigte der saarländische Generalstaatsanwalt Ralf Dieter Sahm der SZ die Wiederaufnahme von Ermittlungen zu dem Bombenanschlag auf die umstrittene Wehrmachtsaustellung im Saarbrücker VHS-Zentrum im März 1999. Womöglich bestehe hier eine Verbindung zu den Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, sagte Sahm. Die Staatsanwaltschaft habe "gewisse Auffälligkeiten" festgestellt, weshalb auch ein damaliger Zeuge wieder befragt werden solle. Der habe nach dem Anschlag in Saarbrücken am Fuße der Schlosskirche zwei Männer und eine junge Frau gesehen, die sich mit dem Anschlag "gebrüstet" hätten. Bei

dem Zeugen handelt es sich um einen Mitarbeiter des SR.

Die mögliche Verbindung der Zwickauer zu den Völk-Brandanschlägen linger könnte sich nach Informationen der SZ aus einer DVD mit rechtsextremem Inhalt ergeben, die bereits Anfang November an die Völklinger Selimiye-Moschee verschickt worden sei. Dabei handelt es sich nach Angaben der FAZ um "die zwölfte DVD", die die drei Thüringer Neonazis an verschiedene Organisationen und Medien verschickt hatten. Das Landeskriminalamt sandte den "Spurenträger" dem Vernehmen nach an das Bundeskriminalamt sowie an Sonderkommission "Trio" beim Generalbundesanwalt.

Ob und wieweit zwischen den Ereignissen tatsächlich Zusammenhänge bestehen, ist nach Angaben der Ermittler offen. "Sehr wahrscheinlich" sei jedoch ein rechtsradikaler Hintergrund der Völklinger Brandanschläge, sagte Sahm. Eine weitere Auffälligkeit sieht die Justiz nach Angaben der FAZ darin, dass der als Unterstützer der Zwickauer Neonazis festgenommene Holger G. aus Hannover an mehreren Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung teilgenommen haben soll. Die Ermittlungen würden "mit Hochdruck" betrieben, betonte Sahm am Freitagabend gegenüber der SZ. bb/mju

Völklingen diskutiert über Brände

Stadtrat will Resolution gegen Rechtsextremismus verabschieden

Schlagzeilen über Brandstiftungen in überwiegend von Einwanderern bewohnten Häusern haben viele Völklinger Bürger aufgeschreckt. Der Stadtrat will eine Resolution gegen Rechtsextremismus verabschieden.

Von SZ-Redakteur

Völklingen. Fahri Öksüz hat viel zu tun. Nur für ein paar Minuten kann der Chef des "Urfa Kebap" seine Arbeit unterbrechen und die Kundschaft in Völklingens ältestem Döner-Restaurant hungrig warten lassen. Doch diese Zeit nimmt er sich. Denn auch ihn haben die Zeitungsberichte über die Völklinger Brandstiftungen der vergangenen Jahre beschäftigt. "Man macht sich schon so seine Gedanken", sagt Öksüz, der sein Restaurant nur wenige hundert Meter von zwei der Häuser entfernt betreibt, in denen es gebrannt hatte. Die Brände in Häusern, in denen zum Tatzeitpunkt überwiegend Migranten wohnten, machten Völklinger Türken Angst, so der 45-Jährige. Auch wenn sich einige Landsleute nicht trauten, offen zu sprechen, so vermuteten doch viele, dass "Nazis" hinter den Taten steckten. Öksüz überprüft seit geraumer Zeit

nach abend immer genau, ob auch wirklich alle Türen und Fenster seines Ladens gut verschlossen sind auch wenn er

regelmäßigen Abständen in seinem Briefkasten landen, bislang kaum offene Fremdenfeindlichkeit erlebt habe.

Von der medialen Aufregung



Fahri Öksüz, Inhaber des Völklinger "Urfa Kebap" in der Innenstadt, teilt die Angst vieler türkischstämmiger Bürger vor Brandstiftungen.

die DVD des Zwickauer Trios, die die Selimiye-Moschee erhielt, war gestern bei den Men-

"Vielen Türken

haben die Brände

Angst gemacht."

Fahri Öksüz, Betreiber

des "Urfa Kebap"

schen auf den Straßen Völklingens auf den ersten Blick nicht viel zu spüren. Hier herrschte Alltag. Doch der Eindruck

täuscht. "Hinter den Kulissen wird viel gesproselbst bis auf wird viel gespro-Zettel mit Schmähungen, die in chen", bestätigt Akin Aslan,

Lehrer der Erweiterten Realschule Hermann Neuberger. Auf den Pausenhöfen wie in Migranten-Kreisen werde das Thema durchaus wahrgenom-

um die Brandstiftungsserie und men. In seinem Bekannten- sei gescheitert und müsse auch Fremdenfeindlichkeit als mögliches Motiv offen zur Sprache komme.

Auch die Fraktionen des Völklinger Stadtrates wollen in ihrer Sitzung am Donnerstag klare Kante zeigen. Die Grünen stellten den Antrag, eine Resolution gegen rechte Gewalt zu beschließen. CDU, SPD, Grüne und Linke streben einen gemeinsamen Beschluss an. Dem Stadtrat gehören auch zwei NPD-Vertreter an.

Der Linken-Fraktionsvorsitzende Klaus Degen sagte, die Politik des "Unter-den-Teppich-Kehrens" rechtsextremistischer Vorfälle in Völklingen

durch eine Politik des Hinsehens abgelöst werden.

Gefragt nach Versäumnissen im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit, auch in Bezug auf die Brandstiftungen, ließ Öberbürgermeister Klaus Lorig (CDU) mitteilen, die Stadtverwaltung beschäftige sich nicht mit Spekulationen, die derzeit kursierten, sondern sei bestrebt, "in die Angelegenheit Aufklärung zu bringen". Vorwürfe, ausländerfeindliche Schmierereien und Nazi-Symbole zu spät aus dem Stadtbild entfernt zu haben, wies Lorig zurück. Man sei bemüht gewesen, diese zeitnah zu entfernen und werde dies auch weiterhin sein.

Sonderermittler prüfen Brandserie

Generalstaatsanwalt vermutet möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund

Eine Sonderermittlungsgruppe von Polizei und Justiz prüft, ob eine bislang ungeklärte Brandserie in Völklingen auf das Konto von Rechtsextremisten geht. Generalstaatsanwalt Sahm leitet das Verfahren persönlich.

Saarbrücken. Mit großen Aufgebot traten Polizei und Justiz gestern vor die Medien: Generalstaatsanwalt Ralf-Dieter Sahm, der Leitende Oberstaatsanwalt Ernst Peter Hirschmann, Pressesprecher Thomas Reinhardt, Franz-Josef Biesel, Chef des Landeskriminalamtes (LKA), Werner Schwinn als Staatsschutzchef und Ulrich Schmal, Vizechef der Landespolizeidirektion, sitzen am Tisch. Abseits lagern Ermittlungsakten ungeklärter Brandstiftungen von 2006 bis 2011 in bundesanwalt abgegeben wer-Häusern, die in Völklingen vorwiegend von Migranten bewohnt wurden. Die Untersuchungen dazu werden wieder aufgerollt, weil die Brände eirechtsextremistischen Hintergrund haben könnten. Polizei und Justiz setzen - wie bereits berichtet - eine Sonderermittlungsgruppe ein. Sahm als höchster Saar-Staatsanwalt hat persönlich das Verfahren an sich gezogen. Er ist Herr der Ermittlungen. Einen vergleichbaren Fall gab es in der saarländischen Justizgeschichte bislang wohl nicht.

Sahm verweist auf eine Erklärung von Regierungschefin und Justizministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und von Innenminister Stephan Toscani. Darin heißt es: "Wo es Zweifel gibt, ist rückhaltlose und gründliche Aufklärung angesagt. Strukturelle Mängel oder

Nachlässigkeiten im Einzelfall darf es nicht geben." Kramp-Karrenbauer und Toscani haben ihre Behörden nach einem SZ-Bericht über die ungeklärte Brandserie und eventuellen rechtsextremen Hintergrund aufgefordert, die Ermittlungen wieder aufzunehmen.

Sahm betonte zudem, bei weitere ungelöste Altfälle werde überprüft, ob ein Zusammenhang mit der rechtsextremistischen Zwickauer Terrorzelle besteht. Im Fall des Bombenanschlages von 1999 auf die Wehrmachtsausstellung im Saarbrücker VHS-Zentrum soll ein SR-Journalist, der nach der Tat zwei Männer und eine Frau gesehen hatte, erneut gehört werden. Anschließend sollen die Akten an den Generalden. Eine Sonderkommission des Bundeskriminalamtes ermittelt in dessen Auftrag wegen der Zwickauer Terrorgruppe. Dort liegt jetzt auch die an die Völklinger Moschee adressier-

te Kopie der Bekenner-DVD des Neonazi-Trios. Sahm stellte ausdrücklich

fest: In der Völklinger Brandserie führe keine Spur nach Zwickau. Zu den Bränden meinte er: Betrachte man die Vorgänge einzeln, müsse ein Ermittler nicht unbedingt auf den Gedanken kommen, dass ein Plan dahinter stecke. In der Gesamtschau drängten sich aber möglicherweise andere Schlussfolgerungen auf. Unter dem Aspekt, dass Völklingen einen hohen Ausländeranteil und eine relativ starke rechte Szene habe, erscheine ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht ausgeschlossen: "Es spricht auf Anhieb sogar eine gewisse Wahrscheinlichkeit Nach Angaben von LKA-Chef Biesel werden Staatsschutzexortskundige Beamte. Brandspezialisten und Fallanalytiker mit Priorität in der Ermittlungsgruppe arbeiten. Zur Personalstärke machte er keine Angaben.



Generalstaatsanwalt Ralf-Dieter Sahm (4. v. links) kündigte mit Vertretern von Polizei und Justiz die Einsetzung der Ermittlungsgruppe an.

Behörden stehen Landtags-Ausschüssen Rede und Antwort

Saarbrücken. Alle Parteien im Saar-Landtag haben sich für ein NPD-Verbot ausgesprochen. Zuvor müssten aber die Erfolgsaussichten für ein solches Verbotsverfahren beim Verfassungsgericht sorgfältig geprüft werden. Darüber hinaus begrüßten die Fraktionen gestern die Einsetzung einer Ermittlungsgruppe aus Polizei, LKA und Staatsanwaltschaft. Sie soll untersuchen, ob die Serie von Brandstiftungen in den vergangenen fünf Jahren in Völklingen einen rechtsradikalen Hintergrund haben könnte. Am Freitag erwarten die Parlamentarier in einer gemeinsamen Sitzung von Justiz- und Innenausschuss von den ermittelnden Behörden Auskunft über ihre Arbeit nach den Bränden in Völklingen und dem Anschlag auf die stellung 1999 in Saarbrücken.

CDU-Fraktionschef Klaus Meiser plädierte dafür, in Ruhe ein NPD-Verbot zu prüfen. Denn sollte es wieder eine Ablehnung geben, würde dies den "braunen Sumpf" nur stärken. Ähnlich äußerte sich der FDP-Parlamentarier Karl Josef Jochem. SPD-Fraktionsvize Ulrich Commerçon nannte es unerträglich, dass die NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung profitiere. "Alle Fakten müssen auf den Tisch", so Heinz Bierbaum (Linke) mit Blick auf die Ermittlungen in Völklingen und Saarbrücken. Dabei sollte auch die Rolle des Verfassungsschutzes beleuchtet werden. Grünen-Chef Hubert Ulrich schloss nicht aus, dass es im Saarland "eine gewisse Sehschwäche" auf dem rechten Auge gegeben habe. gp

das Grun uberhand zu nehmen.

Behörden informieren Abgeordnete über Ermittlungen zur Brandserie

das St. ınd ıstkte. uch

Saarbrücken. Vertreter von Justiz Becker. Der FDP-Abgeordnete und Landeskriminalamt haben am Freitag die Abgeordneten des Landtags über den Stand ihrer Ermittlungen zu möglichen rechtsextremen Hintergründen bei Anschlägen im Saarland informiert. Dabei hieß es, die Behörden stünden ganz am Anfang ihrer Arbeit, berichteten Teilnehmer der Ausschusssitzung. Für Verbindungen zwischen dem Anschlag auf die Saarbrücker Wehrmachtsausstellung 1999 und der Zwickauer Terrorzelle gebe es lediglich Ansätze. Bei der Völklinger Brandstiftungsserie habe man bislang keine Hinweise auf rechtsextreme Hintergründe.

Grundsätzlich begrüßten alle Fraktionen, dass nun eine Sonderermittlungsgruppe den Fällen nochmals nachgeht. CDU und FDP plädierten dafür, die Ermittler nun in Ruhe ihre Arbeit machen zu lassen. "Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit", sagte der Fraktionsvize der CDU, Günter Karl-Josef Jochem sagte, man gehe derzeit davon aus, dass es keine Versäumnisse seitens der Behörden gegeben habe. SPD und Linke zeigten sich verwundert, dass die Polizei die Brandstiftungen nun erstmals als Serie betrachte. "Es ist schon erstaunlich, dass insbesondere die Daten bislang keine Rolle bei den Ermittlungen gespielt haben", sagte der SPD-Abgeordnete Stefan Pauluhn. Zwischen 2006 und 2011 waren in Völklingen in mindestens elf Fällen Brandstiftungen in überwiegend von Einwanderern bewohnten Häusern verübt worden. Dabei brannte es etwa gleich dreimal an einem 3. September. In Völklingen besuchte am Freitag der türkische Generalkonsul Aslan Alper Yüksel Opfer der Brandstiftungen. Derweil hat auch der Stadtrat von Saarlouis eine Resolution "gegen politische Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenhass" verabschiedet. jkl

80 Saar-Adressen auf brauner Liste

Kripo informiert Betroffene, die auf Datei des Zwickauer Terror-Trios aufgeführt sind

Über 80 Adressen von Institutionen und Politikern im Saarland tauchen auf einem Datenträger auf, der bei dem Zwickauer Terror-Trio entdeckt wurde. Für die Betroffenen bestand, so die Kripo, keine akute Gefahr.

Von Michael Jungmann und Johannes Kloth (beide SZ)

Saarbrücken/Völklingen. Beamte der Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes (LKA) sind in diesen Tagen viel gefordert. Neben der Arbeit in einer Sonderermittlungsgruppe, die unter Federführung von Generalstaatsanwalt Ralf-Dieter Sahm klären soll, ob eine Serie von elf Brandanschlägen in Völklingen möglicherweise einen ausländerfeindlichen Hintergrund hat, müssen die Ermittler derzeit über 80 Personen und Organisationen darüber informieren, dass ihre Anschriften auf einer großen Adressliste stehen, die bei den Zwickauer Rechtsterroristen gefunden wurde. Bis Donnerstag dieser Woche, so hieß es gestern, sollen alle Betroffenen angesprochen werden.

Dieter Appel, LKA-Sprecher, bestätigte gestern auf SZ-Anfrage, dass "über 80" saarländische Adressen von Personen des öffentlichen Lebens und von Institutionen auf dem sichergestellten Datenträger abgespeichert waren. Insgesamt stehen angeblich über 10 000 Adressen aus dem gesamten Bundesgebiet auf der Liste. Appel betonte, für den betroffe-



Die Spur der Rechtsextremen führt ins sächsische Zwickau. In der Wohnung des Terror-Trios fanden Ermittler einen Datenträger mit Adressen. Auf der Liste stehen auch 80 Institutionen und Politiker aus dem Saarland. FOTO: ARNO BURGI DPA/LSN

nen Personenkreis habe es nie Datenträger auftauchen: "Wir eine akute Gefährdung gegeben. Das Adressmaterial sei veraltet. Es stammt aus den Jahren 2005 bis 2007 und wurde wohl aus öffentlich zugänglichen Quellen im Internet und aus Telefonbüchern kopiert.

Nach Informationen der SZ wird, so der derzeitige Stand, keines der Opfer der Völklinger Brandanschläge auf der Liste genannt. Der LKA-Sprecher machte gestern keine Angaben, welche Institutionen auf dem

werden als LKA dazu nichts sagen, aus Respekt vor den Personen, die dort Verantwortung tragen und mit denen wir vertrauensvoll zusammenarbeiten." Die Betroffenen hätten kein Interesse an der Veröffentlichung. Fest steht nach SZ-Informationen dass drei Völklinger Moscheen und der Verein "multikultur" in der Datei aufgeführt werden. An eine der Moscheen war eine Kopie eines Bekennervideos der Terrorzel-

le geschickt worden.

Wie zu erfahren war, werden der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Rauber (Tholey), die CDU-Landesgeschäftsstelle sowie ein verstorbener CDU-Politiker in der Liste erwähnt. Ein SPD-Sprecher bestätigte, dass die Saar-Parteizentrale und das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Elke Ferner aufgeführt seien. Zudem soll der Name von-Grünen-Chef Hubert Ulrich auf der Liste stehen.

der nen

Staatsanwaltschaft prüft Informationen des V-Manns erneut

kredislasten vird er Komh Ein-· oder Drittel len Fis Dritlt. rbindnlandch früeriums en Euren sie iarden

Saarbrücken. Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken nimmt im Zuge der Ermittlungen zur Völklinger Brandserie erneut einen V-Mann unter die Lupe. Das bestätigte gestern der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Thomas Reinhardt, der SZ. Im Zusammenhang der Wiederaufnahme der Ermittlungen würden auch die Berichte des Informanten erneut auf ihre Glaubwürdigkeit hin geprüft, so Reinhardt. Der V-Mann hatte dem Landeskriminalamt (LKA) im Dezember 2007 gemeldet, dass der von einem Hausbrand betroffene Recep Ünsal das Feuer in seinem Haus

selbst in Auftrag gegeben haben soll. Die Polizei ermittelte daraufhin ergebnislos gegen das türkische Brandopfer. 2009 reagierte Ünsals Anwalt mit einer Strafanzeige wegen falscher Verdächtigung. Ein entsprechendes Verfahren wurde jedoch eingestellt, da es laut Staatsanwaltschaft keine Anhaltspunkte dafür gab, dass der V-Mann bewusst Falschangaben gemacht habe. Der V-Mann soll nach SZ-Informationen nicht, wie vom Anwalt Ünsals ursprünglich vermutet, aus dem rechten Milieu, sondern aus dem Umfeld der islamischen Gemeinde stammen.



standsaklärte (Linsler. wieder Linsler mann, cturperic an derei für Sta Oliver I dem Rü Rainer unterbr missaris

Weitere Brände mit rechtem Hintergrund?

Wohl deutlich mehr Einwanderer als bislang bekannt wurden Opfer von Brandstiftungen in und um Völklingen

Derzeit arbeitet eine Ermittlungsgruppe an der Aufklärung von Brandstiftungen mit möglicherweise rechtsextremem Hintergrund in Völklingen. Nun wurden weitere Fälle bekannt. Die Opfer sind beunruhigt.

Von SZ-Redakteur Johannes Kloth

Völklingen/Saarbrücken. wurde gegründet, um elf ungeklärte Brandstiftungen in Völklingen neu aufzurollen. Nun kommt auf die Sonderermittlungsgruppe "GEG Komplex" möglicherweise weitere Arbeit zu. Recherchen unserer Zeitung zufolge gab es in den vergangenen zwei Jahren in Völklingen mindestens vier weitere Brände, die in von Migranten bewohnten Häusern gelegt wurden oder möglicherweise Migranten treffen sollten. Bei allen handelt es sich SZ-Informationen zufolge um Brandstiftungen. Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken wollte die Brände weder bestätigen noch dementieren. Man arbeite an einem umfassenden Brandlagebild, teilte Generalstaatsanwalt Ralf-Dieter Sahm der SZ mit. Zu Einzelheiten wolle man zur Zeit nicht Stellung nehmen.

Die 47 Mann umfassende Ermittlungsgruppe wurde im Dezember gebildet, um elf Brandstiftungen in Völklingen zwischen 2006 und 2011 auf rechtsextreme Hintergründe zu prüfen und mögliche frühere Ermittlungsfehler aufzudecken.

Die nun neu bekannt gewor-



Auf die Ruine dieser Gartenlaube in Großrosseln wurde ein Hakenkreuz geschmiert. FOTO:

denen Brände wurden zwischen September 2010 und August 2011 gelegt. So stand am 3. September 2010 zeitgleich zu einem bereits bekannten Brand in der Innenstadt nur wenige hundert Meter entfernt ein Kinderwagen in einem Wohneingang in Flammen. Bewohner konnten verhindern, dass das Feuer auf das Haus übergriff. Am 27. Juli 2011 brach in einem unbewohnten Haus in der Innenstadt Feuer aus, nachdem es wenige Monate zuvor in einem Leerstand zwei Häuser weiter gebrannt hatte. Dazwischen lebt im einzig bewohnten Haus der Straße eine

türkische Familie. Bewohner Resul E. gegenüber der SZ: "Ich fürchte, man wollte uns mit dem Feuer treffen." Am 12. August 2011 riefen die türkischen Besitzer eines Hauses im Stadtteil Geislautern die Polizei. Ihnen war es gelungen, in letzter Minute einen an ihrem Haus gelegten Brand selbst zu löschen. Es blieb bei einem Sachschaden. Hellhörig macht auch ein Fall außerhalb Völklingens, im zehn Kilometer entfernten Großrosseln. Vor wenigen Wochen, am 20. Januar, fackelten Unbekannte die Gartenlaube einer türkischen Familie ab. Auf eine

Wand der Ruine sei ein Hakenkreuz geschmiert worden, so Besitzer Ali T. Die Brandopfer sind verunsichert. Einige sagten der SZ, irritiert habe sie auch die Aufforderung der Polizei, die Brände "nicht an die große Glocke zu hängen".

Wie der SR meldete, fordert der Rechtsanwalt Hans Lafontaine nun auch die Aufnahme von Ermittlungen zu einer möglichen Wohnhaus-Brandstiftung am 30. April 2000 in Völklingen. Neun Bewohner wurden damals verletzt, darunter Lafontaines Mandantin, eine Türkin, und ihre Kinder. Die Polizei hatte damals einen Elektroschaden als Ursache angegeben. Er halte dies für "aus der Luft gegriffen", so Lafontaine zur SZ. Er verweist auf ein Gutachten und Zeugenaussagen, denen nicht nachgegangen worden sei.

Einen Drohanruf erhielt kürzlich ein Redakteur der türkischen Monatszeitschrift "Presstige", die seit Januar in Völklingen erscheint. In ihrer Erstausgabe beschäftigte sich das Medium mit den Brandstiftungen. Der anonyme Anrufer habe ihn beschimpft und mit dem Satzgeschlossen: "Warte ab. Demnächst bist Du dran", so der Redakteur. Er meldete den Vorfall nach eigenen Angaben am 27. Januar der Polizei.

HINTERGRUND:

Bisherigen Ermittlungen zufolge gehen weder der Anschlag auf die Saarbrücker Wehrmachtsausstellung 1999 noch die Völklinger Brandstiftungen auf das Konto der Zwickauer Terrorzelle NSU, auch wenn es im Falle der Wehrmachtsausstellung Hinweise in diese Richtung gebe. Das teilte der FDP-Abgeordnete Karl-Josef Jochem gestern nach einer Sitzung des Innenausschusses mit. Vertreter der Sonderermittlungsgruppe hatten über den Stand ihrer Arbeit informiert.

Brände in Völklingen: Abgeordnete fordern Klärung der Vorwürfe

Haben Polizisten türkische Brandopfer gedrängt, die Brandstiftungen an ihren Häusern nicht "an die große Glocke zu hängen"? Abgeordnete fordern Aufklärung.

Saarbrücken/Völklingen. Vorwürfe türkischer Brandopfer, sie seien von ermittelnden Polizeibeamten zu Stillschweigen über die Brände gedrängt worden, beschäftigt nun auch Abgeordnete des saarländischen Landtags. Stimmten die Aussagen der Betroffenen, so sei dies ein ungeheuerlicher Vorgang, sagte die rechtspolitische Sprecherin der Linken, Birgit Huonker, am Freitag. "Wer soll geschützt werden? Die Brandstifter oder die Brandopfer?", so Huonker. Die SZ hatte türkische Betroffene von Brandstiftungen in Völklingen und Großrosseln zitiert. Diese berichteten, Beamte vor Ort hätten sie aufgefordert, die Brände "nicht an die große Glocke zu hängen" und Medien nicht zu informieren. Eine Aufklärung der Vorwürfe forderte am Freitag auch der SPD-Abgeordnete Magnus Jung. Das Landeskriminalamt kündigte eine Stellungnahme am Montag an.

Huonker forderte außerdem, dass der Verfassungsschutz dem Ausschuss für Fragen des Verfassungsschutzes berichtet, welche Erkenntnisse das Amt im Zusammenhang mit den Völklinger Brandstiftungen hatte. Vertreter der im Dezember gegründeten Sonderermittlungsgruppe zu den Völklinger Brandstiftungen hatten am Donnerstag Abgeordnete des Landtags über ihrer Arbeit informiert. Dabei wurde bekannt, dass mittlerweile 100 neue Spuren gesammelt werden konnten.

Derweil hat die NPD Saar mit der Ankündigung eines politischen Aschermittwochs in Völklingen, bei dem Bundesvize Udo Pastörs sprechen soll, für Ärger Oberbürgermeister Klaus Lorig (CDU) sagte der SZ, man habe der NPD bereits mitgeteilt, dass für die angefragte Halle am betreffenden Tag kein Hausmeister zur Verfügung stünde und damit eine Durchführung nicht möglich sei. Sollte es doch zu der Veranstaltung kommen, rufen die Völklinger Linken zu einer Demonstration auf.

newomman.

LKA verteidigt sich gegen Vorwürfe

Saarbrücken. Das Landeskriminalamt hat sein Vorgehen bei den Ermittlungen zu Brandstiftungen in Völklingen und Großrosseln verteidigt. Um Taten von Trittbrettfahrern zu vermeiden, hätten Beamte den Betroffenen in Großrosseln empfohlen, die Brände "in der Öffentlichkeit nicht offensiv zu verbreiten", teilte ein Sprecher mit. Brandopfer hatten der SZ berichtet, Polizisten hätten sie aufgefordert, die Brandstiftungen nicht "an die große Glocke zu hängen" und die Medien einzuschalten. Abgeordnete der Linken und der SPD hatten Aufklärung verlangt (Bericht folgt). jkl

Saarbrück Beweisauf unüblich schlugen wälte Ral richt ein sprich Soi Verständi die Felle Denn zuvo Richterin nen entsc Hinweis f gehe vor Handlung wobei nic dass es



HOURSCHUL BUILLE

Der Neonazi vor unserer Haustür

Warum ein offensiverer Umgang mit Rechtsextremismus geboten ist

Von SZ-Redakteur Johannes Kloth

Saarbrücken/Völklingen. Die Brandstiftungen an Häusern von Migranten sind immer noch häufiges Gesprächsthema in Völklingen und Umgebung. Es wird getuschelt, gemutmaßt, geredet manchmal offenbar auch aneinander vorbei. Da berichten Betroffene, Polizisten hätten sie aufgefordert, über die Brände an ihren Häusern zu schweigen. Und suggerieren damit eine Art Maulkorb-Erlass. Ein harter Vorwurf, den das Landeskriminalamt umgehend zurückweist. Es sei nur eine Empfehlung gewesen, um Taten von Trittbrettfahrern zu vermeiden.

Es mag gut gemeinte Gründe geben, diese defensive Haltung zu vertreten. Doch verkennt sie offensichtlich die Gefühlslage der Betroffenen. Denn der Vorfall macht eines deutlich: Es gibt Menschen in unserem Land, die Angst haben. Angst vor Gewalt, vor fremdenfeindlichen Übergriffen, und: ja, auch Angst davor, in ihrer Angst nicht ernst genommen zu werden.

Das muss wachrütteln. Denn natürlich bleibt es Migranten im Saarland nicht verborgen, dass gut organisierte Kameradschaften wie die Sturmdivision Saar von Dillingen aus ihr hasserfülltes Gedankengut nach außen tragen. Natürlich hören sie, dass in den vergangenen Jahren über ein Dutzend unaufgeklärte Brände in Völklinger Häusern gelegt wurden, in denen Ausländer wohnen. Und natürlich beunruhigt sie, dass Neonazis jahrelang unerkannt durch Deutschland ziehen konnten, um ihr mörderisches Werk zu verrichten.

Dass die Völklinger Brandfälle noch einmal aufgerollt werden,

Die SZ-Analyse

ist gut und richtig. Nach allem, was bislang bekannt ist, wird dies von Staatsanwaltschaft und Polizei auch mit großem Aufwand betrieben. Doch akribische Ermittlungsarbeit ist das eine. Eine gesellschaftliche Haltung das andere. Es stellt sich die Frage, ob nicht ein offensiverer Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus geboten ist. Bei jedem abgefahrenen Spiegel an einem Auto veröffentlicht die Polizei Zeugenaufrufe. Bei dem Brand in Großrosseln vor wenigen Wochen, bei dem ein Hakenkreuz hinterlassen wurde, geschah nichts dergleichen. Es sind solche Details, die bisweilen den Eindruck erwecken, dass einige Menschen -

auch Polizisten und Politiker schlicht nicht wahrhaben wollen, dass es eine rechtsextreme Problematik auch vor unserer Haustür gibt. Dabei wird von Skeptikern oft der unkonkrete Begriff "Szene" bemüht. In Völklingen? Nein, dort gebe es keine "rechte Szene". Nur die NPD.

Doch wer die Augen aufmacht, kann sie sehen, die Hakenkreuze und verfassungsfeindlichen Symbole in Unterführungen oder an Schulen in Völklingen und Umgebung. Wer das Gespräch mit Migranten sucht, kann sie hören, die Schilderungen von Übergriffen und Bedrohungen. Dies anzuerkennen, aufzugreifen, offen anzuprangern und mit aller Kraft strafrechtlich zu verfolgen, statt aus Angst vor dem Image-Verlust der "Weltkulturerbestadt" oder dem Verprellen von Investoren zu schweigen, wäre ein wahres Zeichen wehrhafter Demokratie. Und vermutlich das beste Mittel gegen Trittbrettfahrer.

Für die Opfer eher zweitrangig ist die Frage, ob die Brände das Werk einer vernetzten "Szene" sind, ob sie auf das Konto fehlgeleiteter Jugendlicher oder auf das unpolitischer Einzeltäter gehen. Die Opfer wollen vor allem, dass die Fälle überhaupt geklärt werden. Und sie wollen in ihren Ängsten ernst genommen werden.

 Γ В r d K

S

 \mathbf{I}_1 Н lε n li

d tı d k u

d

Generalbundesanwalt: Zschäpe verschickte DVD nach Völklingen

Saarbrücken/Völklingen. mutmaßliche Rechtsterroristin Beate Zschäpe hat Anfang November die Bekenner-DVD der Zwickauer Terrorzelle an die Völklinger Selimiye-Moschee geschickt. Davon geht die Generalbundesanwaltschaft aus, wie ein Sprecher der Behörde gestern der SZ mitteilte. Die Saarbrücker Zeitung hatte bereits am 5. Dezember berichtet, dass es sich bei der DVD um die Kopie eines Bekenner-Videos der Zwickauer Neonazis handelt. Nun bestätigt sich, dass sie nicht von Trittbrettfahrern stammt. Ob es einen Zusammenhang zwischen der Terrorzelle und einer Reihe von Brandstiftungen in von Migranten bewohnten Häusern in Völklingen gibt, wird derzeit von einer Sonderermittlungsgruppe geprüft.

Die saarländischen Grünen haben derweil gestern mehr Engagement der Landesregierung gegen Rechtsextremismus und bei der Aufklärung der Völklinger Brandstiftungen gefordert. Die Spitzenkandidatin der Saar-Grünen, Simone Peter, sagte: "Beschwichtigen und Herunterspielen ist eine völlig falsche Handlungsweise, wenn es darum geht, gegen Rechtsextremismus anzukommen." Verhaltensänderungen beim Innenministerium, den Geheimdiensten und bei der Landespolizei seien notwendig. So sei es unbedingt erforderlich, solche Fälle aufzudecken und auch öffentlich zu machen. Auch die Kreise und Kommunen sieht Peter in der Pflicht, mit Initiativen etwa in Schulen und Jugendzentren - gegen rechtsextreme Tendenzen vorzugehen.

Die Linksfraktion forderte gestern erneut Aufklärung, warum der Verfassungsschutz trotz seiner V-Männer in der rechten Szene bisher keinen Beitrag zur Aufklärung der Vorgänge in Völklingen geleistet habe. jkl



Eine Bekenner-DVD der Zwickauer Terrorzelle ging an die Selimiye-Moschee in Völklingen.

FOTO: BECKER & BREDEL

Weiterer Brand mit rechtem Hintergrund in Völklingen?

Völklingen. Nach mehr als dreizehn Brandstiftungen in von Migranten bewohnten Häusern in Völklingen hat am frühen Samstagmorgen erneut jemand Feuer an einem Wohnhaus in der Völklinger Pasteurstraße gelegt, in dem überwiegend Einwanderer leben.

Wie das Landespolizeipräsidium gestern mitteilte, setzten die Unbekannten gegen 4.40 Uhr Sperrmüll in Brand. Er lagerte auf Auto-Stellplätzen, die in das Gebäude reichen. Da Rauchgas in das Haus strömte, mussten einige Hausbewohner ihre Wohnung für kurze Zeit verlassen. Verletzt wurde nach Angaben der Polizei niemand. Mit den Ermittlungen ist nun auch die Sonderermittlungsgruppe "GEG Komplex" betraut, sie wurde im Dezember vergangenen Jahres gegründet, um die ungeklärten Brandstiftungen neu aufzurollen, die seit 2006 Migranten in Völklingen treffen und einen rechtsextremistischen Hintergrund haben könnten. Nach Angaben des Landespolizeipräsidiums kam es im Saarland am Wochenende noch zu einer weiteren Brandstiftung in einem unbewohnten Gebäude in Spiesen-Elversberg. Ein Zusammenhang zwischen den beiden Taten werde aber nicht vermutet.

Die Polizei meldete zudem zwei weitere Brände aus Saarbrücken, bei denen die Ursache noch unklar sei. In der Nacht auf Samstag ging auf einem Parkplatz ein Auto in Flammen auf und wurde vollständig zerstört, ein weiteres Fahrzeug wurde beschädigt. Zudem brach ein Feuer in einem Fitness-Studio aus, das stark beschädigt wurde.

Zwei neue Brände in Völklingen beschäftigen Sonderermittler

Völklingen. Völklingen. Die Brandserie in Völklingen reißt nicht ab: Nach mehr als ein dutzend Brandstiftungen in von Migranten bewohnten Häusern hat in der Nacht zum Freitag erneut jemand Feuer in zwei benachbarten Hochhäusern in der kleinen Bergstraße im Völklinger Stadtteil Wehrden gelegt. Nach Angaben des Kriminaldauerdienstes sind ein Teil der Bewohner Migranten. Verletzt wurde niemand.

Wie das Landespolizeipräsidium mitteilte, setzte ein Unbekannter gegen 0.36 Uhr an einem der Anwesen einen Müllcontainer in Brand. Noch während die Feuerwehr damit beschäftigt war, dieses Feuer zu löschen, wurde ein weiteres im Treppenhaus eines Hochhauses der Straße gemeldet. Hier steckten der oder die Täter eine Papiertonne in Brand.

Mit den Ermittlungen ist seit Freitag die Sonderermittlungsgruppe "GEG Komplex" betraut. Sie wurde im Dezember 2011 gegründet, um ungeklärte Brandstiftungen neu aufzurollen, die seit 2006 Migranten in Völklingen treffen und einen rechtsextremistischen Hintergrund haben könnten. Nach Angaben des Landespolizeipräsidiums suchen die Beamten zurzeit "mit einem massiven Kräfte-Einsatz" nach Zeugen der Parallel-Brände in Wehrden. Zuletzt hatte es Anfang März dieses Jahres in einem von Migranten bewohnten Haus in Völklingen gebrannt.

• Hinweise (06 81) 9 62 29 33

NACHRICHTEN

Lesung mit Henning Scherf in Saarbrücken

Saarbrücken. Zu einer Lesung mit dem ehemaligen Bremer Bürgermeister Henning Scherf



Henning Scherf

laden das Kulturforum der Sozialdemokratie und die Stiftung Demokratie Saarland für Dienstag, 19. Juni, 19 Uhr, in den Saarbrücker Rathausfest-

saal ein. Scherf liest aus seinem Buch "Grau ist bunt – Was im Alter möglich ist". In ihm wirft er die Frageauf, wie wir angesichts einer älter werdenden Bevölkerung leben wollen. Zudem stellt er ein neues Altersbild vor, das er selbst in einer Alters-WG praktiziert. "Wir müssen zu einem neuen Miteinander finden, aber auch die eigene akzeptieren", Sterblichkeit sagte Scherf.

Dudweiler soll Sonderstatus verlieren

Saarbrücken. Der sogenannte Sonderstatus, den der Saarbrücker Stadtbezirk Dudweiler genießt, wird voraussichtlich abgeschafft. Die Stadt Saarbrücken hat hierzu ein Papier erarbeitet, auf dessen Grundlage rund 500 000 Euro eingespart werden sollen, und zwar ab Mitte 2014. Dann geht Bezirksbürgermeister Walter Rodermann in den Ruhestand, das Amt soll ehrenamtlich weitergeführt werden. Der Sonderstatus hat der Dudweiler Verwaltung bisher eine gewisse Teilautonomie zugestanden. Bürgeramt und Bauhof sollen trotz Einsparungen vor Ort erhalten bleiben.

Peter Moll bleibt **DFG-Vorsitzender**

Saarbrücken. Die Deutsch-Gesellschaft Französische (DFG) Saar hat Peter Moll als Vorsitzenden für weitere zwei Jahre bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Anne Funke und Rudolf Bohn. Die DFG Saar verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr, einen leichten Mitgliederschaft mit.

www. dfg-saar.de

Halle in Lockweiler: Sanierung statt Neubau

Lockweiler. Die marode Mehrzweckhalle in Lockweiler wird einer Kernsanierung unterzogen. Dies hat der Bauausschuss des Waderner Gemeinderates jetzt beschlossen. Damit votierte der Ausschuss gegen die ebenfalls diskutierte Variante, die Halle abzureißen und komplett neu zu bauen. Die jetzt beschlossene Kernsanierung kommt mit geschätzten rund zwei Millionen Baukosten billiger. Dabei hofft die finanziell klamme Hochwaldstadt auf Zuschüsse seitens des Landes, um diese Kosten stemmen zu können.

Produktion dieser Seite:

Ute Klockner, Florian Rech Guido Peters

Landespolitik/Region

(06 81) 5 02 20 41 Telefon: (06 81) 5 02 22 19 E-Mail: politik@sz-sb.de

Team Landespolitik/Region: Oliver Schwambach (oli, Leiter), Dietmar Klostermann (dik, stellv. Leiter), Guido Peters (gp, stellv. Leiter), Norbert Freund (nof), Daniel Kirch (kir), Johannes Kloth (jkl), Christine Koch (ko), Johannes Schleuning (jos), Gerhard Franz (gf, Reporter)

Was geschah wirklich in jener Mainacht?

Ein Anwalt und Behörden streiten bis heute über einen Völklinger Hausbrand im Jahr 2000

"Hexennacht" im Jahr 2000: Ein Wohnhaus in Völklingen steht in Flammen. Acht Menschen werden verletzt, eine Frau wird zum Pflegefall. Der Saarbrücker Rechtsanwalt Hans Lafontaine wirft den Behörden vor, bis heute nicht richtig zu ermitteln.

Von SZ-Redakteur Johannes Kloth

Völklingen. Murat und Yasemin T. können sich kaum noch an ihre Mutter erinnern. Seit dem 1. Mai 2000 haben die Geschwister sie nicht mehr gesehen. Ein Feuer zerstört an jenem frühen Morgen ihr Elternhaus in Völklingen, macht Mutter Fatma zum Pflegefall und verletzt die Kinder selbst lebensgefährlich. Murat und Yasemin, damals zehn und vier Jahre alt, kommen bei Verwandten in der Türkei unter. Warum es in ihrem Haus gebrannt hat, wissen die beiden bis heute nicht.

Auch der Saarbrücker Rechtsanwalt Hans Lafontaine kennt den Grund nicht. Aber er glaubt nicht an die offizielle These eines Defektes in der Elektrik des Hauses, sondern geht von Brandstiftung mit fremdenfeindlichem Hintergrund aus. Seit mittlerweile zwölf Jahren versucht er, entsprechende Ermittlungen in Gang zu bringen. Und hat gerade eine erneute Abfuhr erhalten: "Die Generalstaatsanwaltschaft hat mir mitgeteilt, dass die Befragung einer von mir genannten Zeugin keine neuen Ermittlungsansätze ergeben habe", sagt Lafontaine. Frau D. hatte zum Zeitpunkt des Brandes in dem Mehrfamilienhaus mit den T.'s gewohnt. Sie will am Abend vor der Brandnacht einen Mann gesehen haben, der das Haus beobachtete.

Die Absage der Generalstaatsanwaltschaft an Lafontaine bedeutet auch: Die Sonderermittlungsgruppe "GEG Komplex", die derzeit Brandstiftungen in Völklingen zwischen 2006 und 2012 auf fremdenfeindliche Hintergründe prüft, wird sich



Poststraße in Völklingen, 1. Mai 2000: Gegen 2.45 Uhr sind die Flammen besiegt. Die Tür des Hauses habe Tag und Nacht offen gestanden, erzählt eine Nachbarin.

mit diesem Fall wohl nicht weiter beschäftigen. Doch es bleiben Ungereimtheiten.

Rückblick: Am 6. April 2000 läuft ein Beitrag im SR-Fernsehen über die geplante und in letzter Sekunde vorläufig gestoppte Abschiebung von Fatma T. Darin ist auch für mehrere Sekunden die genaue Anschrift der Familie T. auf einer Akte zu erkennen. Drei Wochen später in der Hexennacht vom 30. April auf den 1. Mai 2000, gegen 1.30 Uhr – brennt das Haus, in dem neben den T.'s weitere Migrantenfamilien wohnen. Zufall oder ein Hinweis auf Brandstiftung, wie Lafontaine vermutet? Acht Menschen werden zum Teil schwer verletzt, wie durch ein Wunder kommt niemand ums Leben. Noch am 1. Mai teilt das Landeskriminalamt mit, ein Defekt in der Elektrik sei vermutlich Ursache gewesen, Brandstiftung jedenfalls "nach derzeitigem Ermittlungsstand"

auszuschließen. Brandmittelspürhund "Al Capone" habe keine Fährte aufgenommen. Dennoch begehen Beamte die Brandruine am nächsten Tag ein zweites Mal. Mit dabei: Niyati T., der Ehemann von Fatma, der während des Brandes außer Haus war. Er erzählt, dass er mit den Beamten gestritten habe, weil er an der Elektrik keinen Schaden erkennen konnte.

Das LKA bleibt beim Elektroschaden. Insgesamt werden nur vier Zeugen zum Brand befragt – und dies auch erst nach Wochen. Letzte Zweifel soll ein Schadensgutachter ausräumen. Warum es in so einem dramatischen Fall über ein Jahr dauert, bis sein 13-seitiges Gutachten zu den Akten gelangt, ist unklar. Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken stellt das Verfahren jedenfalls am 11. September 2000 – also noch bevor das Gutachten vorliegt – mangels Straftat ein.

noch fertig ist, folgt die erneute Einstellung. Dabei wird darin die These vom Elektroschaden alles andere als gestützt. Mit "an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" sei das Feuer auf dem Treppenpodest des 1. Obergeschosses ausgebrochen, heißt es – also auf dem Podest, das zur Wohnung der Familie T. führt. Und weiter: "An den elektrischen Installationen in diesem Bereich waren keine Schäden feststellbar, die mit einem technischen Defekt zu verbinden gewesen wären". Immerhin wird eingeschränkt: Wegen der großen Zerstörung sei der Elektrodefekt "nicht zweifelsfrei" auszuschließen.

"Es muss mir mal einer erklären, wie man daraus einen Elektroschaden als Ursache ableiten kann", sagt Lafontaine. Bereits damals ist er empört über die Verfahrenseinstellung, liefert sich Briefwechsel mit der Als das Papier im Mai 2001 doch Staatsanwaltschaft, in denen er

auf den Widerspruch aufmerksam macht. Er verweist auf einen Zeugen, dem eine junge Frau am Brandort aufgefallen ist, die plötzlich verschwunden war und bringt schließlich auch die Zeugin Frau D. ins Spiel.

Alles ohne Erfolg. Es verge-

hen Jahre. Als Lafontaine im

Dezember 2011 von der Grün-

dung der "GEG Komplex" erfährt, schreibt er an Generalbundesanwalt Harald Range, bittet ihn, sich des Falls anzunehmen, da er die Saarbrücker Staatsanwaltschaft für ungeeignet hält, eigene Versäumnisse aufzudecken. Range sieht sich nicht zuständig, verweist den Fall zurück nach Saarbrücken. Im Februar sagt Generalstaatsanwalt Ralf-Dieter Sahm, ihm dränge sich kein Zusammenhang zwischen Lafontaines Fall und den späteren Bränden auf. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde Lafontaines gegen Sahm Ministerpräsidentin weist Kramp-Karrenbauer – bis vor Kurzem auch zuständig für Justiz - im März ab. Die Arbeit der Staatsanwaltschaft sei "nicht zu beanstanden". Auch der von Lafontaine angeschriebene Leiter des Rechtsterrorismus-Untersuchungsausschusses im Bundestag, Sebastian Edathy (SPD), wiegelt ab. Man sehe sich in erster Linie zuständig für Aufklärung rund um die NSU-Mordserie, so Edathy im März zur SZ.

Schließlich lässt Generalstaatsanwalt Sahm doch noch Frau D. zu dem Mann befragen, den sie vor der Brandnacht gesehen haben will. Doch D. kann ihn nicht genau beschreiben.

Die SZ sprach in den vergangenen Wochen mit vielen Zeugen der Brandnacht. An Details können sich die wenigsten heute noch erinnern. An einen Elektroschaden glaubt jedoch niemand von ihnen.

• SR 3 Saarlandwelle sendet zu dem Fall am Sonntag, 12.35 Uhr, ein Feature mit dem Titel "Und dann war das ganze Le-

Warum zwei Kinder seit Jahren ihre Mutter nicht sehen dürfen

Für Familie T. wird der 1. Mai 2000 zum Schicksalstag – bis heute kämpft sie gegen deutsche Behörden

Der Brand im Jahr 2000 hat das Leben der Geschwister Yasemin und Murat T. dramatisch verändert. Sie wohnen mittlerweile in der Türkei, deutsche Behörden verweigern ihnen bis heute die Einreise. Die Geschichte der Einwandererfamilie T. - ein Abriss.

Völklingen. 1981 zieht Großvater T. mit seiner Familie von einem kleinen Dorf in der Westtürkei ins Saarland, um als Grubenarbeiter zu Geld zu kommen. Mit dabei: Sohn Niyati, damals 13 Jahre alt. Die Familie bleibt in Kontakt zur Heimat. 1987 heiratet Niyati in der Türkei seine Frau Fatma, nimmt sie mit nach Deutschland. Das Paar wohnt in Völklingen, Niyati arbeitet als Monteur, Fatma ist Hausfrau. 1989 wird Sohn Murat, 1995 Tochter Yasemin geboren. 1998 der erste Schock: Fatmas Aufenthaltsgenehmigung wird nicht verlängert - wegen zu geringem Familieneinkommen. Die Mutter soll ohne Mann und kleine Kinder zurück in die Türkei abgeschoben werden. Zwei Jahre zieht sich der Rechtsstreit hin, bis der Europäische Gerichtshof am 6. April 2000 per Eilentscheidung die Abschiebung aussetzt. Wenige Wochen später, am 1. Mai, der Brand: Fatma und die Kinder erleiden schwere Verletzungen. Niyati, der mit Freunden in einer Kneipe sitzt, als das Feuer ausbricht, bleibt unverletzt, steht nun iedoch vor dem Nichts. Anders als die Kinder



Yasemin und Murat drei Jahre vor dem Brand.

erholt sich seine Frau von der Rauchgasvergiftung und dem Sauerstoffverlust nicht mehr: Sie verliert ihr Gedächtnis, erkennt ihren eigenen Mann nicht mehr und wird als Pflegefall bis heute in einer Einrichtung betreut. Niyati weiß nicht, wie es weitergehen soll, ist überfordert, wohnungslos. Er

entscheidet, die Kinder vorübergehend zu den Großeltern in die Türkei zu schicken. Doch das Drama geht weiter: Nach ein paar Monaten ist die Einreisefrist der Kinder nach Deutschland verstrichen. Murat und Yasemin dürfen nun nicht mehr in ihre Heimat.

Seit Jahren versucht Niyati, mittlerweile unterstützt von seiner neuen Lebensgefährtin, Murat und Yasemin einen Besuch in Deutschland zu ermöglichen. Doch die Saarbrücker Ausländerbehörde blockt stets ab. Sie befürchtet, dass die Kinder nicht in die Türkei zurückkehren. Aktiv geworden ist stattdessen das saarländische Landesamt für Soziales. Ende 2011 geht ein Schreiben an Ya-

semin in die Türkei: Das Mädchen solle für den Unterhalt der Mutter im deutschen Pflegeheim aufkommen. Eine Kopie des Originalausweises, die der SZ vorliegt, zeigt: Yasemin ist nicht mal volljährig. Auf eine SR-Anfrage sagt ein Mitarbeiter des Amtes vor wenigen Wochen, ihm liege ein Dokument mit einem anderen Geburtsdatum vor. "Die Türken" machten ihre Kinder vor Behörden eben gerne älter, um mehr Unterhalt zu beziehen. Nach der Anfrage hat das Amt keine erneute Unterhaltsforderung in die Türkei gesandt, eine Einreiseerlaubnis haben Yasemin und Murat jedoch noch immer nicht. Seit über zwölf Jahren haben sie ihre Mutter nicht gesehen. jkl

Von richtigen und falschen Signalen

a, es ist ein richtiges Signal, dass die Affäre Vierter Museums-Pavillon auf der Tagesordnung bleibt. Alles andere als die Wiedereinsetzung des Untersuchungsausschusses hätte den Anschein der politischen Mauschelei gehabt, nachdem CDU und SPD gemeinsam ins Koalitionsbett gestiegen sind. Schließlich hatten die Genossen noch während des Landtagswahlkampfes alle Hebel in Bewegung gesetzt, um beim Pavillon-Desaster gegen die Landesregierung und Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer zu punkten. Dass Regierungs- und

Oppositionsparteien jetzt gemeinsam zu einem Abschluss der Untersuchungen kommen wollen, darf als Beitrag zur politischen Hygiene in diesem Land gewertet werden.

Guido Peters Ein falsches Signal hingegen ging vom Grünen-Parteitag aus, der an der Führungsspitze alles beim Alten beließ. Die Delegierten werden sich von den Wählern fragen lassen müssen, warum mit einer neuen Co-Vorsitzenden Simone Peter nicht ein Zeichen des Auf-

bruchs gesetzt werden sollte.

Hat die Partei nicht mit letzter Kraft die Fünf-Prozent-Hürde genommen, was auch der populären und engagierten Ex-Umweltministerin zu verdanken ist? Und könnte ein neues Gesicht in

Wochenschau

der ersten Reihe nicht auch für frische politische Ideen stehen? Fürwahr, noch selten hat eine Partei in solch kurzer Zeit ihre eigene Spitzenkandida-

tin so abgemeiert. Welche politischen Signale von der neuen Landtags-Opposition ausgehen, ist bisher noch

nicht auszumachen. Natürlich, eine 72-Prozent-Mehrheit der Regierungsparteien im Parlament macht nicht gerade Lust auf knallharte Opposition. Doch sie ist notwendig, damit für CDU und SPD die Mehrheit nicht zum sanften Ruhekissen wird. Doch bei den Saar-Linken ist es jüngst ruhig geworden, die Grünen waren mit sich selbst beschäftigt, und die parlamentarischen Frischlinge der Piraten üben noch den politischen Diskurs. Aber vielleicht zeigt die Opposition schon bei der Landtagssitzung am Mittwoch, wie viel Power wirklich in ihr steckt.

Schaumbergplateau wird nach Sanierung neu eröffnet

Tholey. Auf dem Schaumbergplateau in Tholey wird an diesem Wochenende gefeiert. Am Freitag sind die neue Zufahrt zur Bergspitze, die Buswendeschleife samt Haltestelle und das neue Gasthaus eröffnet worden. An diesem Samstag gibt es ab 18 Uhr Musik, unter anderem mit den Alphornbläsern Theley. Diesen Sonntag gehen die Feierlichkeiten um elf Uhr mit den Alphornbläsern Hasborn-Dautweiler weiter, um 17 Uhr führt die Gruppe Radelrutsch ein Theaterstück für Kinder auf.